

Schulfach Religion wird harmonisiert

Im Krisendekret, das wohl im März endgültig verabschiedet wird, ist u.a. eine strukturelle Reform des nicht-katholischen Religionsunterrichts und der nicht-konfessionellen Sittenlehre (»Moralunterricht«). Dies sei eine »mit hohen Einsparungen einhergehende

Maßnahme«, hatte Unterrichtsminister Oliver Paasch

(ProDG) im zuständigen Ausschuss erklärt. Die Reform sieht vor, dass für den nicht-katholischen Religionsunterricht und die nicht-konfessionelle Sittenlehre die so genannte Teilungsnorm von sechs auf 24 Schüler erhöht wird. Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise eine Klasse, in der islamischer Religionsunterricht erteilt wird, erst gespalten wird, wenn sie 24 Schüler zählt. Damit würden alle Religionsunterrichte gleichgesetzt, denn die erste Teilungsnorm 24 gilt bereits für den katholischen Unterricht. »Das ist gerecht und wäre auch ohne die Finanzkrise sinnvoll gewesen«, erklärte Alfons Velz (ProDG), und er stellte die rhetorische Frage: »Warum muss beispielsweise der Islam-Unterricht besser behandelt werden als der katholische Religionsunterricht und seine Klassen schon mit sechs Schülern zweiteilen dürfen?«

Paasch sah letztlich auf Anraten der Ecolo-Fraktion davon ab, gleichzeitig auch für die nicht-katholischen Religionsstunden nicht mehr wie bisher drei, sondern nur noch zwei Stufen im Grundschulwesen vorzusehen. Dies hätte bedeutet, dass die nicht-katholischen Religionsschüler diskriminiert worden wären, weil sie zwangsläufig nicht an bestimmten anderen Unterrichtsfächern hätten teilnehmen können.

Gabriele Thiemann-Heinen (CSP) hoffte, »dass es bei uns nicht zu Situationen wie in der Französischen Gemeinschaft kommt. Dort - so berichteten uns Verantwortliche des protestantischen Religionsunterrichts - zögern immer mehr Eltern, ihr Kind in den evangelischen Religionsunterricht zu schicken, weil sie dadurch zu viele 'normale' Unterrichtsstunden verpassen würden.« Auch Ecolo äußerte Bedenken: »Wir können mit diesem Kompromiss leben, weisen aber dennoch darauf hin, dass dies zu organisatorischen Problemen führen kann. Es ist nicht auszuschließen, dass nun vermehrt Kinder die eine oder andere Unterrichtsstunde verpassen.«(boc)



Klasse	Deutsch	Engl.
1.	DEUTSCH	ENGL.
2.	MATHE	CHEM.
3.	ISLAM	DEUT.
4.	SACHK.	ERD.
5.	SPORT	MAT.
6.	SPORT	BIO.

Der nicht-katholische Religionsunterricht soll in der DG weder positiv noch negativ diskriminiert werden.

»Großmaulige« Balter-Replik und eine »schizophrene« CSP

Von Boris Cremer

Für die einen ist das Glas halb voll, für die anderen halb leer. So ist es auch beim Krisendekret der DG, das die Mehrheit im Eupener Parlament ein »Chancendekret« nannte. Für eine Verabschiedung reichte es noch nicht: CSP und Vivant schalteten den Staatsrat ein und brachten damit die Regierung, die von einer »Verhinderungsopposition« sprach, gegen sich auf.



Vivant (Michael Balter, l., und Alain Mertes) wurde am Montagabend im Parlament »Besserwisseri und Großspurigkeit« (Gerhard Palm, ProDG) vorgeworfen. Foto: Helmut Thönnissen

 Größeres Bild

Dass es am Montagabend im DG-Parlament zu einer mehr als dreistündigen Debatte über dieses Krisendekret kam, war nicht unbedingt zu erwarten. Denn im Grunde ist der Gesetzestext nur die logische Folge dessen, was der Gemeinschaftshaushalt 2010 vorsieht: Sparmaßnahmen, um den Einnahmerrückgang zu kompensieren. Über diesen Sparkurs (zwei Prozent bei den laufenden Ausgaben) hatten Mehrheit und Opposition im Dezember an drei Abenden debattiert. Wer die damalige Haushaltsdebatte verpasst hatte, dem bot sich am Montag die Möglichkeit, Versäumtes nachzuholen. Denn die Aussprache über das Krisendekret war größtenteils eine Neuauflage der Budgetdebatte. Das erkannte auch Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP), als er - zweieinhalb Stunden nach seiner ersten Intervention zum Krisendekret - von einem »Revival der Haushaltsdebatte« sprach.

CSP und Vivant hatten die Diskussion angeheizt, indem sie dafür sorgten, dass das Parlament erst auf seiner nächsten Sitzung am 15. März über das Krisendekret in seiner Gesamtheit abstimmen kann. Die beiden Oppositionsparteien beantragten für 14 der 27 Artikel des Dokuments ein Gutachten des Staatsrates, wodurch laut Geschäftsordnung des Parlaments die Verabschiedung ausgesetzt wird. »Es geht der CSP nicht um die Sache, sondern nur um strategische Spielereien«, befand Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG), Ministerpräsident Lambertz sprach von einer »Verhinderungsopposition«. Dem entgegnete Michael Balter (Vivant): »Hätte man Anfang Dezember das gesamte Dokument zum Staatsrat geschickt, hätten wir unseren Antrag gar nicht zu stellen brauchen.«

Opposition uneinig

Gerhard Palm (ProDG) diagnostizierte bei der CSP sogar »Schizophrenie«, schließlich hätten die Christlich-Sozialen in den Ausschüssen dem Großteil der Artikel, für die nun ein Staatsratgutachten verlangt wird, zugestimmt. Den Schritt der beiden Oppositionsfraktionen bezeichnete Palm als »leichtfertiges Manöver, das durch keine ernsthaften Bedenken gerechtfertigt ist«. Sogar die Grünen ließen am Vorgehen von CSP und Vivant kein gutes Haar: »Ecolo hat den Antrag der anderen Oppositionsparteien, ein Staatsratgutachten einzuholen, diesmal nicht unterstützt, weil wir dies in diesem Fall für eine überzogene Verzögerungstaktik halten«, erklärte Karl-Heinz Braun.

In Anspielung auf die Palm-Kritik trug Vivant-Fraktionssprecher Michael Balter »schizophrene Zahlen« vor. Laut der Haushaltssimulation werde die Inflation zwischen 2010 und 2014 kumuliert bei 8,1 Prozent liegen. Auf Basis dieser Zahl rechnete Balter vor, dass es neben Unterricht und Ausbildung nur einen Organisationsbereich gebe, in dem zwischen 2010 und 2014 die Ausgaben stärker steigen würden als die Inflation: die Regierung. Balters Auftritt brachte Gerhard Palm in Rage, der von einer »großmauligen Replik« Balters sprach. Vivant lasse in keiner Stellungnahme »Großspurigkeit und Besserwisserei« aus.

Lohnerhöhungen

CSP und Vivant machten ihre Kritik u.a. an den im Krisendekret vorgesehenen Maßnahmen im Unterrichtswesen fest. Die Lehrpersonen der DG müssen vorläufig auf die im Sektorenabkommen verankerte Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Einstiegsgehälter verzichten. In spätestens drei Jahren sollen diese Lohnverbesserungen dann umgesetzt werden. Während der zuständige Minister Oliver Paasch dieses Vorgehen als »verkräftbar« bezeichnet - schließlich nehme man niemandem etwas weg, sondern verzichte lediglich auf Lohnerhöhungen - , erklärte Balter: »Ein Sektorenabkommen, bei dem es um hunderte Beschäftigte geht, kann man mal kurzer Hand mit einem Krisendekret vom Tisch fegen. Das sieht bei einem Koalitionsabkommen, wo es um Posten für die Gewählten geht, schon ganz anders aus, wie wir heute gesehen haben.« Der Vivant-Mann spielte damit auf die zuvor erfolgte Neuwahl des Senators und des PDG-Präsidenten an (s. GE von gestern).

Etwas nuancierter als die CSP und Vivant bewertete die dritte Oppositionsfraktion, Ecolo, das Krisendekret. Zwar kritisierte Karl-Heinz Braun, die Regierung habe »kein stimmiges Sparkonzept vorgelegt«, auf der anderen Seite enthalte das Krisendekret aber positive Neuerungen wie die Auszahlung von 100 statt von nur 90 Prozent der Zuschüsse noch im entsprechenden Zuwendungsjahr. Dadurch, so Ecolo-Parlamentarier Braun, könnten viele Vereinigungen zur Deckung ihrer laufenden Ausgaben am Jahresende auf teure Kassenkredite verzichten.